

Zeitschrift: ZeitBild
Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut
Band: 12 (1971)
Heft: 12

Artikel: Lateinamerikanische Uebersicht. Zwischenresultate der Revolution
Autor: Max, Alphonse
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-1095427>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 18.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Lateinamerikanische Uebersicht

Zwischenresultate der Revolution

Von Alphonse Max

Nach der in Lateinamerika heutzutage allgemein verbreiteten Auffassung haben die «Reichen» die verdammte Pflicht und Schuldigkeit, den «Armen» aus ihrer Patsche zu helfen. Reich sind in erster Linie die Nordamerikaner, aber auch die Europäer und Japaner gehören in diese Rubrik, die sie verpflichtet, Goldströme nach Lateinamerika fliessen zu lassen und dafür Prügel zu beziehen.

Nachdem die Ford-Niederlassung in Chile, nach fast 20 Mio. Dollar Verlusten in den letzten drei Jahren, beschlossen hatte, die Fabrik zu schliessen und den Arbeitern die legale Entschädigung zu zahlen, wurde das Werk von der Regierung übernommen, die sich sämtliche Besitzungen in Form von Gebäuden und Maschinen aneignete und versprach, die Arbeiter weiter zu beschäftigen. Der inzwischen zurückgetretene argentinische Wirtschaftsminister Ferrer hielt es dagegen für diplomatisch geschickt, vor dem Ausschuss der Wirtschaftsallianz in Washington gegen die Ueberfremdung der Wirtschaft zu polemisieren und im gleichen Atemzug fremdes Kapital willkommen zu heissen, sofern es sich den Wünschen der Linksnationalisten anpasst, das heisst also praktisch Verzicht auf Gewinn, Ueberweisung und Kapital.

Auch in Peru, das etliche ausländische Unternehmen verstaatlicht hat, wurde laut erklärt, fremde Kapitalien seien willkommen. Bisher hatte nur die Sowjetunion dort ihren Handel erweitert, aber jetzt hat auch China eine Handelsmission nach Lima entsandt und versprochen, peruanischen Kaffee, Kupfer, Blei, Zink, Fischöl, Fischmehl und Zucker bis zu 60 Mio. Dollar abzukaufen. China hat wiederholt erklärt, dass es die Souveränität Perus, Ecuadors und Chiles auf eine Entfernung von 200 Meilen von der Küste anerkenne. Nun wird gemunkelt, dass im peruanischen und ecuadorianischen Kontinentalsockel Erdölvorkommen entdeckt worden sind, und daraus wird geschlossen, dass der ganze Konflikt um die 200-Meilen-Grenze nicht auf Fischreichtum, sondern auf Petroleumvorkommen beruhe.

Andererseits sollen jetzt die Zuckerimportkontingente der Vereinigten Staaten für Ecuador mit einer zusätzlichen Steuer belastet werden, damit aus dem Erlös die Verluste der in beiden Ländern bestraften und enteigneten nordamerikanischen Unternehmen vergütet werden können. Diese Massnahme, die sich jetzt im US-Repräsentantenhaus zum Studium befindet, widerspricht zwar den interamerikanischen Praktiken des Völkerrechts und dürfte auch kaum durch den US-Kongress dringen, zeugt aber von der Verärgerung der Nordamerikaner über die dauernden Angriffe auf ihre Firmen (die versichert sind), während der Steuerzahler für die Zeche aufkommen soll. Nutzniesser dieser Verärgerung wird wohl Argentinien sein, dessen Zuckerkontingent erhöht werden soll. Peru wird dank der dortigen Agrarreform ohnehin bald keinen Zucker mehr zur Ausfuhr haben, da die grössten ausländischen Zuckerezeugungs-Unternehmen (Grace) konfisziert wurden.

Während Boliviens General-Präsident Torres in Santa Cruz erklärte, «Reiche haben von der Revolution nichts zu erwarten», ging eine Streikwelle durch das Land. Regierungsbeamte, deren

es ständig mehr gibt, forderten Lohnerhöhungen, und die Minen, deren Erzerträge 80 Prozent der bolivianischen Ausfuhren bilden, wurden lahmgelegt. Die Arbeitnehmenden sollten sich mit dem Versprechen der Regierung, «die Bedürfnisse des Landes im Rahmen unserer finanziellen Möglichkeiten» zu erfüllen, nicht zufriedengeben; sie befürchten, dass auch Arme nichts von der Revolution erwarten können.

Chile: Von Arbeitslosigkeit ...

In Chile hat Salvador Allende bisher Streiks vermeiden können, indem er 40–60prozentige Erhöhungen für alle Arbeitnehmer festsetzte. Arbeitslose können bekanntlich nicht streiken. Allende sieht jedoch mit Kummer auf die immer mehr ansteigende Arbeitslosigkeit in Chile und versucht ihr, zumindest teilweise, durch weitere Verstaatlichungen abzuwehren. Die oben erwähnte Konfiszierung der Ford-Niederlassung wird zwar den 400 Arbeitern weiterhin einen Arbeitsplatz garantieren, aber die Allende-Regierung hatte ohnehin vorgesehen, allen bis auf drei der elf bestehenden ausländischen Kraftwerk-Montagefabriken die Lizenz zu verweigern, und die Ford-Werke befanden sich nicht unter den drei privilegierten. Wenn die Regierung also die Fabrik nicht schliessen will, wird sie sie auf die Produktion anderer Artikel umstellen müssen, was nicht leicht sein wird, da sich in der Regel Automontagewerkstätten eben nur zur Herstellung von Autos eignen.

Eine weitere Ursache für Kopfschmerzen der chilenischen Regierung ist der Rückgang in der landwirtschaftlichen Produktion, der schwere Versorgungslücken mit sich bringt. Es ist leicht, zu sagen, die Läden seien leer, weil das «Volk» (nach den dekretierten Lohnerhöhungen) eine «grössere Kaufkraft geniess», aber wie lange wird man die Hausfrauen noch betrügen, die ähnlich wie in den übrigen kommunistischen Staaten vor leeren Geschäften Schlange stehen müssen? Wie soll plötzlich mehr produziert werden, wo doch die Produktion seit Allendes Regierungsantritt ständig gefallen ist?

Produktionsnormen sind keine Antwort auf das Problem, weil diejenigen Unternehmen, die die Normen nicht erfüllen, entweder schliessen müssten oder vom Staat übernommen und dann weniger erzeugen würden.

Besonders böse sieht es mit der Kupfererzeugung aus, die Chile die Devisen für seine lebenswichtigen Einfuhren liefern soll, die aber seit dem Auszug der ausländischen und eines grossen Teils der erfahrenen chilenischen Techniker immer mehr absinkt. Dabei ist der internationale Kupferpreis, nicht zuletzt wegen der verminderten Ausfuhr Chiles, in letzter Zeit bedeutend gestiegen. Am 12. Mai billigte der chilenische Senat eine Verfassungsänderung, die der Regierung die

völlige Nationalisierung der Kupfergruben erlaubt. Nordamerikanische Unternehmen haben rund 700 Mio. Dollar in der Kupferindustrie dieses Landes investiert, und in den USA fragt man sich, ob und in welcher Form die chilenische Regierung die Unternehmen Anaconda, Kennecott und Cerro entschädigen wird.

... über Ostpolitik ...

Neue Investitionen aus westlichen Ländern kann Chile wohl kaum erwarten, und es ist daher kein Wunder, dass eine Mission, bestehend aus zahlreichen Technikern und Wirtschaftsexperten, die Sowjetunion, Polen, die Tschechoslowakei, Ungarn, Rumänien, Bulgarien und Jugoslawien bereiste. Chile plant einen «Anschluss» an die osteuropäische Wirtschaftsorganisation Comecon. Nur besteht der Comecon vor allem darum, um der Sowjetunion zu erlauben, billig zu kaufen und teuer zu verkaufen, was sie eben nur in den Satellitenstaaten kann. Für Chile wäre es daher kaum vorteilhaft, sich dem Comecon anzuschliessen, und andererseits ist es schwerlich anzunehmen, dass die UdSSR gewillt ist, in Chile ein neues Kuba zu schaffen, in das sie noch einmal eine Million Dollar oder mehr täglich hineinstecken muss. Chile bietet Fischerzeugnisse, petrochemische Produkte, Agar-Agar und Kupfer an; mit Ausnahme von Kupfer dürften die Russen hieran wenig Interesse haben. Chile benötigt vor allem Maschinen und «Know-how». Nun, wie wird es die Maschinen bezahlen? Das «Know-how» wird allerdings in Form von Tausenden von «Experten» gratis geliefert ...

Allzuviel Gutes scheinen sich die Chilenen von ihrer «Ostpolitik» selbst nicht zu versprechen, denn ihre Europareise schloss auch Abstecher nach London, Paris und der Schweiz ein mit der Absicht, die dortigen Banken zu bewegen, der Regierung langfristige Kredite zu gewähren, um die heruntergekommene Wirtschaft mit Kapitalinjektionen wieder etwas zu beleben. Dass die völlige Sozialisation in Chile noch nicht in Gang gesetzt worden ist, beruht erstens darauf, dass man fürchtet, das westliche Ausland derart abzuschrecken, dass mit keinerlei finanzieller Unterstützung mehr gerechnet werden kann, aber vor allem darauf, dass man das Ergebnis der Ende November in Uruguay stattfindenden Wahlen abwarten will, bei denen eine sogenannte «breite Front», von den Kommunisten geschaffen, grosse Hoffnungen auf einen Sieg, zumindest in der Hauptstadt Montevideo, gesetzt hat, und man die uruguayischen Wähler nicht durch allzu rasche und gründliche kommunistische Massnahmen in Chile erschrecken will.

... zu den Linksrevolutionären

Die Christdemokraten, die stärkste Einzelpartei Chiles, hielten inzwischen einen Kongress ab, bei dem beschlossen wurde, «konstruktive Opposition» gegen die Regierung auszuüben. Sie erklärten sich zwar als Gegner des «Staats-Sozialismus», betonten jedoch ihre Bereitschaft zur Zusammenarbeit mit der Regierung auf allen Gebieten, auf denen gemeinsames Vorgehen möglich sei. Aber nicht nur die Christdemokraten, auch die militanten Katholiken scheinen in bedeutender Anzahl den Marxismus gutzuheissen. Nach einer Umfrage der Universität Chile zusammen mit der Universität Georgetown (USA), die sämtliche 3000 katholische Priester Chiles



Bolivians Generalpräsident Torres: «Die Reichen haben von der Revolution nichts zu erwarten.» Aber haben die Armen etwas zu erwarten?

einschliessen sollte, erklärten mehr als die Hälfte (52,8 %) der 1173, die ihren Fragebogen beantwortet zurückschickten, dass sie zu einer «freundschaftlichen Zusammenarbeit» mit den Marxisten bereit sind, während ein grosser Teil der restlichen (36,8 %) zwar die marxistische Ideologie ablehnt, aber zum «Dialog» mit den Marxisten bereit ist.

Vor kurzem hat die Regierung Allende ihre bisherige tolerante Haltung gegenüber den illegalen Land- und Häuserbesetzungen modifiziert und einen Wohnblock in Santiago sowie ein Landgut ausserhalb der Stadt polizeilich räumen lassen. Dies bewirkte die heftige Reaktion der MIR, der «linken revolutionären Bewegung», die Chiles Guerilla bildet. Die MIR nahm ihre abgebrochenen Tätigkeiten mit einem Raubüberfall auf einen Supermarkt in Santiago, ausgeführt von einem fünfköpfigen Kommando, wieder auf, bei dem ein Polizist getötet und weitere drei verwundet wurden.

Der chilenische Präsident erklärte, der Ueberfall — eine typische Aktion linksextremistischer «ideologischer» Delinquenten — sei von «Rechtselementen» durchgeführt worden, denen jede Qualität von Revolutionären abzusprechen sei, und er versprach, die Täter, falls man sie fassen sollte, wie gewöhnliche Verbrecher zu behandeln.

Diese Haltung widerspricht seinen vor interamerikanischen Instanzen oft verfochtenen Prinzipien, dass es nicht so sehr darauf ankomme, Terroristen zu bestrafen als die Ursachen zu beseitigen, die den Terrorismus als «verzweifelte Reaktion auf soziale Ungerechtigkeiten» erst hervorbringen. Jetzt, da der Terrorismus auch ihn zu belästigen beginnt, sind diese von sozialem Mitgefühl tiefenden Prinzipien mit einem Schlag vergessen. Es geht Allende plötzlich nicht mehr um die Ergründung und Beseitigung von Ursachen, er hat vielmehr 5000 Polizeibeamte auf die Strasse geschickt, um die Verbrecher zu fassen und ins Gefängnis zu stecken.

Kuba: Ein Dichter und die europäische Linke

Nach der Gehirnwäsche, welcher der kubanische Dichter Herberto Padilla in den Gefängnissen Fidel Castros unterworfen wurde, und nach dem widerwärtigen Reuebekenntnis, das die polizeilichen Misshandlungen aus ihm herausholten, zeigte sich der in London, Paris und Madrid lebende peruanische Schriftsteller Mario Vargas Llosa, ein grosser Bewunderer Castros und Preisträger der pseudo-literarischen «Casa de las Américas» in Havanna, derart entrüstet, dass er — wie eine Reihe anderer linker und prokommunistischer Schriftsteller Europas und Lateinamerikas — öffentlich mit dem Regime in Kuba brach, das er als blutige Kopie des Stalinismus bezeichnete. Vargas Llosa, der den von ihm gewonnenen Kulturpreis «Romulo Gallegos» nicht, wie von der «Casa de las Américas» befohlen, an «Che» Guevara spendete, sondern sich dafür ein Haus kaufte — was man ihm jetzt in Havanna vorwirft —, soll in seinen Romanen eine aussergewöhnlich scharfe Beobachtungsgabe zur Schau stellen. Es erscheint daher verwunderlich, dass er zehn Jahre gebraucht hat, um diese Entdeckung zu machen.

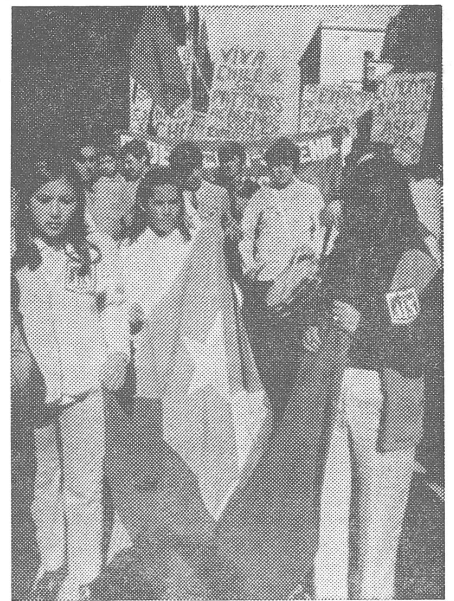
In Brasilien sollen die Ordnungskräfte kurz vor der Festnahme des einzigen Guerillaführers von Bedeutung stehen, der noch auf freiem Fuss ist: Carlos Lamarca. In Venezuela gehen die blutigen Studentenunruhen weiter. In Ecuador wurde auf Grund eines Aufstandes an der kolumbianischen Grenze das Kriegsrecht erklärt. In Uruguay, wo die luftlosen Kerker der «Volksgefängnisse» noch immer vier Entführte beherbergen, über deren Befinden die Tupamaro-Kerkermeister nichts von sich geben, konnte einer der verhafteten Guerillas, der Ingenieur Juan Almirati, bei seinem Verhör im Gebäude eines Gerichtshofes entweichen. Sowohl Polizeiwächter als auch Gerichtsbeamte werden der Komplizenschaft verdächtigt, was einen neuen Kabinettswechsel zur Folge hatte.

Nur wenige Tage vorher hatte Präsident Pacheco den sowjetischen Botschafter zu sich geladen, um ihm nahezu legen, dass die Unruhestiftung in Uruguay nachzulassen habe, falls die Sowjetvertreter nicht aus ihrer Botschaft ausgebootet werden sollen.

Schon vor weniger als einem Jahr hatte der Präsident dem Botschafter Nikolai V. Demidow nahegelegt, sich nicht in die internen Angelegenheiten des Landes einzumischen, kurz nachdem ihm das Agrément erteilt wurde. Demidow, der während des Weltkrieges als Ingenieur in Maschinenfabriken arbeitete, war 1947 in den diplomatischen Dienst eingetreten, aber er war schon

einige Zeit vorher von dem sowjetischen Geheimdienst KGB angeworben worden. Demidow spezialisierte sich auf Lateinamerika: in Venezuela war er Dritter Sekretär, in Argentinien Leiter der Konsularabteilung und Erster Sekretär und in Brasilien Legationsrat. In Rio de Janeiro war er nicht vorsichtig genug, und die brasilianische Regierung konnte ihm geheimdienstliche Aktivitäten nachweisen, woraufhin er des Landes verwiesen wurde. Daraufhin verbrachte er das Jahr 1969/70 in Moskau als Berater der Abteilung Lateinamerika des sowjetischen Ausserministeriums, um schliesslich nach Montevideo ernannt zu werden, wo er Botschafter Kolossowski ablöste, denselben Kolossowski, der in Mexiko im März 1971 wegen Einmischung in interne Angelegenheiten gerügt worden war, während vier sowjetische Botschaftsmitglieder des Landes verwiesen wurden.

Als im Februar 1968 vier Mitglieder der Sowjetbotschaft in Montevideo als personae non gratae erklärt wurden, herrschte eine Zeitlang Ruhe in Uruguay. Zweifellos hofft Pacheco jetzt etwas Ähnliches zu erreichen. Allerdings handelte es sich damals hauptsächlich um Streiks, die das Land lahmlegten, während es heutzutage ausserdem um Unruhen geht, die von der moskauhörigen und -finanzierten KP in sämtlichen Lehrstätten gefördert werden, ferner um eine mit sowjetischem Geld bezahlte Wahlkampagne des «Frente Amplio» und vor allem um die Terroraktionen der Tupamaros (neuerdings von Sowjetkommunisten infiltriert, kontrolliert und teilweise angeführt). Nur wenige Tage nach der Warnung des Präsidenten wurde ein unidentifiziertes fremdes U-Boot an der uruguayischen Küste gesichtet, das von der kommunistischen Presse sofort als nordamerikanisch abgestempelt wurde. Weit glaubwürdiger ist es aber, dass dieses U-Boot sowjetischer Herkunft war, denn es wäre dies keinesfalls das erstmal, dass russische Unterseeboote im Südatlantik herumschnüffeln, besonders seitdem die 200-Meilen-Hoheitsgrenze das «Angeln» und «wissenschaftliches Forschen» in der Nähe der Küsten unmöglich macht. ■



Chile: Wenigstens Fahnen gibt es genug.